

PRESSEMITTEILUNG

Nr.19/2012

22. Juni 2012

GEW Sachsen: Mogelpackung Lehrerbildung Bildungscampus Sachsen muss dauerhaft gesichert sein

Anlässlich der längst überfälligen Klärung hinsichtlich der Bereitstellung von finanziellen und personellen Ressourcen für die Ausweitung der Lehrerausbildung warnt die GEW vor einer Überbewertung des Engagement des Freistaates Sachsen. Die am Freitag zwischen dem Freistaat Sachsen und der Universität Leipzig geschlossene Zielvereinbarung zur Lehrerausbildung lässt viele Fragen offen und entpuppt sich bei genauerer Betrachtung als Mogelpackung.

Die Universität Leipzig erhält Stellen, die bis 2016 befristet sind, mit dem Ziel, mehr jungen Menschen eine Lehramtsausbildung zu ermöglichen.

„Bis 2016 werden lediglich die Grundschullehrerinnen und -lehrer sowie die Lehramtsstudierenden, die sich dieses Studienjahr immatrikuliert haben, ihr Studium abschließen. Die Regelstudienzeit zukünftiger Gymnasiallehrer/innen und Sonderpädagogen reicht bis mindestens 2017. Immatrikulierte der Folgejahre sind hierin noch nicht mit eingerechnet“, stellt **Marco Unger**, stellvertretender Vorsitzender der GEW Sachsen, fest.

„Wenn die Staatsregierung Gebäude finanziert, die frühestens 2015 fertiggestellt werden können, die Stellen aber nur bis 2016 zugesagt sind, so stellt sich die Frage nach der Ernsthaftigkeit der Bestrebungen, mehr Lehrerinnen und Lehrer in Sachsen auszubilden. Der Bildungscampus Sachsen muss langfristig angelegt und gesichert sein, wenn er nicht nur ein Etikett bleiben soll“, so Unger weiter.

Für die GEW Sachsen ist die Lehrerausbildung angesichts des drohenden Lehrermangels eine der wichtigsten Aufgaben der beteiligten Hochschulen, die dauerhaft und damit krisenfest ausgestaltet sein muss. Die GEW fordert daher, den Hochschulen die Stellen und Mittel dauerhaft zuzuweisen.

Die GEW Sachsen spricht sich darüber hinaus erneut gegen die zum Wintersemester wirksam werdende Re-Reform der Lehrerausbildung in Sachsen aus. Sie lehnt grundsätzlich eine frühzeitige Differenzierung der Lehrerausbildung nach Schularten und unterschiedliche Regelstudienzeiten in der Ausbildung von Lehrkräften ab.

„Insbesondere die kürzeren Regelstudienzeiten für Grund- und Mittelschullehrer/innen und die damit verbundene Abwertung dieser Ausbildung gegenüber der Ausbildung für die anderen Schularten ist angesichts der realen Schulentwicklung und der konkreten Nachwuchsprobleme ein völlig falsches Signal an die potenziellen Bewerber/innen für ein Lehramtsstudium. Wer schon mit der Ausbildung das Signal sendet, dass es auch zukünftig Lehrer erster, zweiter und dritter Klasse geben wird, verstärkt die Personalprobleme gerade in den Schularten, in denen der Lehrermangel am größten ist“, so Marco Unger.

Die GEW Sachsen erwartet von der Staatsregierung mehr Ehrlichkeit gegenüber den in Sachsen zukünftig wieder in Staatsexamensstudiengängen mit nach Schularten differenzierten

Regelstudienzeiten studierenden zukünftigen Lehrer/innen. „Auch wenn diese Ausbildung später in allen Bundesländern für eine Tätigkeit im Schuldienst anerkannt wird, heißt das noch lange nicht, dass sie auch in der Bezahlung gleich bewertet wird“, warnt Unger.

Für Rückfragen steht Marco Unger unter 0160 21 03 888 zur Verfügung.